



Thema: attac,

URL: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/645007_Die-Han...

WIENER ZEITUNG .at

Login | Registrieren

14. Juli 2014



Themen Channel | Meinungen | Dossiers | Fotos | Amtsblatt | Abo | Newsletter | ePaper

Welt | Europa | Österreich | Wien | Kultur | Wirtschaft | Sport | Wahlen | English News | Beilagen | Anzeigen & Service

Sie sind hier: Nachrichten > Europa > Europäische Union > Die Handels-Karawane > von Reinhard Goweri aus Brüssel

- Neues Parlament, neue Kommission - trotzdem gehen in der Europäischen Union die
- Freihandelsgespräche mit den USA ungerührt weiter. Die USA wollen Konzerngewinne absichern.

Brüssel. Diese Woche findet in Brüssel die sechste Verhandlungsrunde zu TTIP statt. Das Kürzel steht für "Transatlantic Trade and Investment Partnership" und bedeutet ein Freihandelsabkommen zwischen EU und USA. Diese enge Kooperation zwischen den beiden größten Wirtschaftsblöcken wäre der größte Wirtschaftsvertrag der Welt. Und sie sorgt für gehörige Unruhe und Proteste. Von Chlorhühnern und Hormonfleisch ist die Rede. Allerdings geht es in den Verhandlungen zwischen Offiziellen der US-Regierung und der EU-Kommission auch um Fragen von harmonisierten Standards - und von geistigem Eigentum.

Worum es sich dabei ganz genau handelt, ist für alle einigermaßen verwirrend, denn der Umfang der bilateralen Gespräche ist nicht genau bekannt. Intransparent und undemokratisch seien sie, schimpfen die Kritiker.

Die EU-Kommission hat mittlerweile erkannt, dass diese Geheimniskrämerei dem Abkommen mehr schadet als nutzt. Und wird dem ebenfalls diese Woche in Straßburg tagenden Europäischen Parlament zu dieser Verhandlungsrunde heute, Dienstag, Rede und Antwort stehen. In dieser Runde geht es um Arbeitnehmerrechte sowie den freien Zugang zu Energie- und Rohstoffmärkten. Die USA schotten ihren Energiemarkt weitgehend ab, unter dem Kürzel "nationale Sicherheit" wird die Konkurrenz draußen gelassen. Auch beim Energie-Export gibt es in den USA umfassende Beschränkungen.

Die Vorbehalte sind groß, am Montag forderte in Brüssel die linke Fraktion im Europaparlament - gemeinsam mit der Nichtregierungsorganisation Attac - den sofortigen Stopp der TTIP-Verhandlungen.

Und tatsächlich steht der - heute zu wählende - neue Kommissionschef Jean-Claude Juncker dem Freihandelsabkommen mit den USA reservierter gegenüber als der im Oktober abtretende Jose Manuel Barroso. Auch Karel de Gucht, der als Handelskommissar derzeit die Verhandlungen führt, wird ab November nicht mehr im Amt sein. Wer ihm nachfolgt, ist offen. In Brüssel wird damit spekuliert, den Briten diesen einflussreichen Posten anzubieten, um David Cameron zu besänftigen. Dies wird in den großen Fraktionen des EU-Parlaments allerdings kritisch gesehen. Ungebremster Wirtschaftsliberalismus ist in Brüssel derzeit nicht hoch angesehen, und das Freihandelsabkommen - so wird befürchtet - würde den multinationalen Konzernen Rechte sichern, die kein Privater hat: die Unabhängigkeit von Gerichten und nationalen Gesetzen. Das soll ein Investitionsschutzabkommen garantieren, Bestandteil des TTIP. Stimmt nicht, kontert die EU-Kommission.

Die USA drängen

Ob allerdings die im Entstehen befindliche neue EU-Kommission dies auch so sieht, ist nicht klar. Die USA jedenfalls sind klar für dieses Abkommen. Ein Vertreter der US-Handelskammer sagte unter Zusage von Anonymität der "Wiener Zeitung" recht offen, warum: "Die großen US-Konzerne machen in Summe fast 60 Prozent ihrer Gewinne auf dem europäischen Markt. Mit dem Abkommen können wir dies besser absichern als ohne."

Bleibt also die Frage, was das Abkommen Europa bringt. Ein zusätzliches Umsatzvolumen von 120 Milliarden Euro, wenn der US-Markt offen ist, so die Berechnung der EU-Kommission. Allerdings wissen sich die europäischen Konzerne jetzt schon zu helfen, wie das Beispiel Automobilindustrie zeigt: BMW, Daimler und VW errichten mit Milliardenaufwand neue Werke in Mexiko. Denn Mexiko hat mit den USA und mit der EU Handelsabkommen. Von dort können also ohne tarifäre Hemmnisse Autos sowohl in die USA als auch nach Europa exportiert werden.

Benedete Inhalte

Meistgelesen

1. Ökonom Sanchez neuer Sozialisten-Chef in Spanien
2. Heikle Operation vor dem Abtransport
3. Weitere Flüchtlinge nach Italien "zurückgeschoben"
4. Armut in Italien nimmt zu
5. Bures plant kein Gegen-Foul

Meistkommentiert

1. Recht und Gerechtigkeit
2. "Schluss mit der 'Ode an die Freude'"
3. Parlament geht an die Arbeit
4. "Ein Massengrab, das an Auschwitz erinnert"
5. Europa soll 150.000 Familien aus Syrien aufnehmen

Werbung

Schlagwörter

Alenka Bratusek **Deutschland EU**
 EU-Kommission EU-Parlament
 Flüchtlinge Frankreich Griechenland
 Italien Johannes Hahn Migration
 Nicolas Sarkozy NSA Petro Poroschenko
 Pkw-Maut Portugal **Russland**
 Schiffsunglück Slawjansk Slowenien TTIP
Ukraine Ukraine-Krise USA
 Waffenruhe

Zum Dossier Welthandel und TTIP



Europa für mich

Gesetzgebung

Europäisches Parlament 2014

(ja) Bei seiner konstituierenden Sitzung am 1. Juli 2014 hat das Europäische Parlament den deutschen Sozialdemokraten Martin Schulz für eine zweite... [weiter](#)



Transparenz

Anfragen für weitere Nutzungsrechte an den Verlag



Thema: attac,

URL: http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/europa/europaeische_union/645007_Die-Han...

Und schon im Wahlkampf ließ der kommende Kommissionspräsident Juncker Distanz zum Abkommen erkennen. Europäische Standards in Verbraucher- und Datenschutz müssten voll aufrecht bleiben, sonst könne er dem nicht zustimmen.

Die sechste Verhandlungsrunde diese Woche in Brüssel wird ungerührt durchgeführt, aber wohin die Reise dieser Karawane führt, ist nach den personellen Neuerungen in Brüssel unsicherer als je zuvor.

Drucken

Schlagwörter

TTIP

Leserkommentare

Ihr Name *

Ihre E-Mail-Adresse *

Mit dem Absenden des Kommentars erkennen Sie unsere Online-Nutzungsbedingungen an.

Bei Antworten benachrichtigen

Geben Sie hier Ihren Kommentar ein...



[Empty input field]

Absenden

* Pflichtfelder (E-Mail-Adresse wird nicht veröffentlicht)

EU-Beihilfenrecht wird modernisiert

Brüssel. Als einen der Eckpfeiler ihrer Initiative zur Modernisierung des EU-Beihilfenrechts führt die Europäische Kommission neue... weiter



Press releases - RSS

Zentralafrikanische Republik: EU startet ihren ersten von mehreren Gebern finanzierten Treuhandfonds zur Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung

Europäische Kommission Pressemitteilung Brüssel, 14. Juli 2014 Die EU wird in Kürze ihren ersten von mehreren Gebern finanzierten Treuhandfonds für Entwicklung zur Unterstützung der Zentralafrikanischen Republik auflegen. Der zunächst mit 64 Mio. EUR ausgestattete Fonds bildet ein wirksames und koordiniertes internationales Instrument zur Unterstützung der Bevölkerung und zur Stabilisierung des Landes.

Online-Glücksspiele: Kommission empfiehlt Grundsätze für wirksamen Verbraucherschutz

Europäische Kommission Pressemitteilung Brüssel, den 14. Juli 2014 Die Europäische Kommission hat heute eine Empfehlung über Online-Glücksspiele angenommen. Darin fordert sie die Mitgliedstaaten auf, durch die Annahme von Grundsätzen für Online-Glücksspieldienstleistungen und verantwortungsvolle Werbe- und Sponsoringpraktiken für ein hohes Maß an Schutz für Verbraucher, Spieler und Minderjährige zu sorgen.

Europäischer Treuhandfonds für die Zentralafrikanische Republik

Europäische Kommission MEMO/ Brüssel, den 14. Juli 2014 Die Europäische Kommission, Frankreich, Deutschland und die Niederlande haben den ersten Treuhandfonds der Europäischen Union eingerichtet, mit dem sie einen Beitrag zur Stabilisierung und zum Wiederaufbau der Zentralafrikanischen Republik (RCA) bezwecken.

Werbung

Navigation menu table with categories: Startseite, Nachrichten, Themen Channel, Meinungen, Dossiers, Amtsblatt, Abo, Beilagen, Unternehmen, Volltextsuche